

## **AK gegen Zwölfstundentag, für Arbeitszeitverkürzung**

2020-08-31 11:03

Seit zwei Jahren gibt es jetzt den von der damaligen ÖVP-FPÖ-Regierung – unter massivem Protest von Arbeitnehmervertretern – eingeführten Zwölfstundentag. „Es wäre besser, das Gesetz wäre nicht mehr da“, sagte die Präsidentin der Arbeiterkammer (AK) auch heute. Lieber will Renate Anderl eine Diskussion über eine Arbeitszeitverkürzung führen. „Da gibt es viele Facetten“, sagt sie gegenüber der APA.

„Die Möglichkeit einer geblockten Freizeit als Ersatz für den Arbeitnehmer fehlt bis heute gänzlich“, kritisierte sie im Zusammenhang mit dem Zwölfstundentag. Viele Beschäftigte würden bei der Arbeiterkammer anrufen und sich zum Zwölfstundentag erkundigen, aber da er gesetzlich verankert ist, könne man nichts tun. Manchmal würden die zusätzlichen Pausen von Betrieben nicht gewährt. „Wir haben auch Fälle, in denen es über die zwölf Stunden hinaus geht“, so Anderl.

Im Ö1-Morgenjournal forderte Anderl, klare Regelungen für das Arbeiten im Homeoffice zu erarbeiten – insbesondere, was die Arbeitszeit und Versicherung betrifft. Das Thema Arbeitszeitverkürzung habe unterschiedliche Facetten. Durch die Kurzarbeit habe eine Arbeitszeitverkürzung durch die Krise geholfen.

### **„Nicht immer dieselben Floskeln“**

„Wir wollen darüber sprechen. Wir wollen nicht, dass es immer dieselben Floskeln gibt, wie man alles ablehnen kann – wie etwa das sei nicht leistbar, Betriebe würden abwandern. Man muss sich anschauen, welche Modelle es gibt und wo diese passen würden“, so Anderl.

Von einer gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung wollte Anderl auf APA-Nachfrage nicht sprechen. Da gebe es zu viel Gegenwind. Das Soli-Modell, das die SPÖ will, gebe es zum Teil auch bereits in der Praxis. Insgesamt sei das Thema Arbeitszeitverkürzung bei der Gewerkschaft in sehr guten Händen. Diese werde das Thema sicher stark in die Kollektivvertragsverhandlungen – die im Herbst traditionell mit den

gewichtigen und wegweisenden Metallern beginnen – einbringen.

„Ein Schritt wäre etwa auch die sechste Urlaubswoche für jeden nach 25 Arbeitsjahren“, sagte Anderl.  
„Wenn der Bundeskanzler (Sebastian Kurz (ÖVP), Anm.) sagt, dass sich die Arbeitswelt verändert hat und man darauf reagieren muss, dann wäre ich auch hier dafür, dass das Urlaubsgesetz bezogen auf die sechste Arbeitswoche kein totes Gesetz ist und zum Leben erweckt wird. Denn die aller-, allerwenigsten sind heutzutage so lange in derselben Firma, dass sie die sechste Urlaubswoche erreichen können. Ganz wenige schaffen 25 Jahre in einem Betrieb.“